

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 275

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/614

Anrechenbarkeit von Erschließungsbeiträgen in der Steuererklärung

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin der Finanzen und für Europa die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Erschließungsbeiträge für den Straßenbau stellen für viele Bürger extreme finanzielle Belastungen dar. Abgesehen von den oft gerichtlichen Auseinandersetzungen über die Rechtmäßigkeit der jeweiligen Beitragserhebung kommt ein weiteres belastendes Moment hinzu. In der Regel sind die gezahlten Kosten im Wege der Steuererklärung nicht anrechenbar. Zwar ist anerkannt, dass haushaltsnahe Dienstleistungen als das zu versteuernde Einkommen mindernd anrechnungsfähig sind, doch sind die allermeisten Beitragsbescheide so gestaltet, dass keine Differenzierung nach den Kosten für die Arbeitsleistung einerseits und den Materialkosten andererseits erfolgt. Dies führt dazu, dass die Rechnungen von den allermeisten Finanzämtern gar nicht in Anrechnung gebracht werden.

Frage 1: Teilt die Landesregierung das Ansinnen der beitragspflichtigen Anlieger, zumindest einen Teil der Kosten im Wege der Steuererklärung in Anrechnung bringen zu wollen?

zu Frage 1: Nach § 35a EStG können für die Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen Steuerermäßigungen geltend gemacht werden. Voraussetzung ist nach § 35a Absatz 4 EStG, dass die Handwerkerleistung in einem in der Europäischen Union oder dem Europäischen Wirtschaftsraum liegenden Haushalt des Steuerpflichtigen erbracht wird. Eine erforderliche räumlich-funktionale Nähe zum Haushalt ist bei einer Straße, die bloß das Gebiet durchzieht, in dem der Haushalt liegt und an der mehrere Häuser liegen, nicht gegeben (vgl. etwa Finanzgericht Berlin-Brandenburg, Urteil vom 25. Oktober 2017 - 3 K 3130/17). Die Entscheidung des Gerichts entspricht der Verwaltungsauffassung (vgl. Bundesministerium der Finanzen vom 09.11.2016, Bundessteuerblatt Teil I 2016, Seite 1213).

Eine Steuerermäßigung nach § 35a EStG für Erschließungsbeiträge ist daher nicht möglich.

Gegen das genannte Urteil des Finanzgerichts Berlin-Brandenburg ist die Revision beim Bundesfinanzhof anhängig (Aktenzeichen VI R 50/17).

Frage 2: Wie ist die Praxis der Finanzämter im Hinblick auf die Anrechenbarkeit zumindest eines Teils der Erschließungsbeitragsbescheide?

zu Frage 2: Die Finanzämter setzen die zur Frage 1 beschriebene Rechtslage um.

Frage 3: Gibt es Rundschreiben oder Empfehlungen der Landesregierung an die Finanzbehörden zur (teilweisen) Anrechenbarkeit der Beitragsbescheide?

zu Frage 3: Den Finanzämtern sind das zur Frage 1 genannte Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen und die Rechtsprechung bekannt. Da eine Abzugsfähigkeit von Erschließungsbeiträgen nicht gegeben ist, kommt eine im Übrigen bei Maßnahmen der Kommunen zulässige anteilige Schätzung eines prozentualen Anteils der Arbeitskosten nicht in Betracht.

Frage 4: Gibt es Rundschreiben oder Empfehlungen der Landesregierung an die Gemeinden zur Gestaltung der Beitragsbescheide?

zu Frage 4: Spezielle Rundschreiben und Empfehlungen an die Kommunen zur Gestaltung von Beitragsbescheiden unter steuerlichen Gesichtspunkten gibt es nicht.

Frage 5: Welche Maßnahmen kann/wird die Landesregierung ergreifen, um eine Gestaltung und/oder Berücksichtigung der Beitragsbescheide zum Wohle der Beitragspflichtigen zu ermöglichen?

zu Frage 5: Nach der unter Frage 1 dargestellten Rechtslage können Beitragsbescheide zu Erschließungsbeiträgen nicht so gestaltet werden, dass eine Berücksichtigung nach § 35a EStG zugunsten des Beitragspflichtigen ermöglicht würde.

Frage 6: Inwiefern genügen die von manchen Gemeinden ausgestellten sog. Mangelsbestätigungen zur Vorlage bei den Finanzämtern bzw. können diese einen Anknüpfungspunkt für die teilweise Anrechenbarkeit darstellen?

zu Frage 6: Auf die Antwort zur Frage 1 wird verwiesen.